

V.i.S.d.P.:
„Ich tu's“-Fraktion
im Stadtrat Neuwied,
Rosengarten 9, 56564 Neuwied

Fraktionsinfo der Bürgerliste „Ich tu's“

mit den Abstimmungsergebnissen
im Stadtrat Neuwied und
ausgewählten Redebeiträgen
der Ratsmitglieder Patrick Simmer
und Dr. Christoph Schossig

Sitzungstermin:	Donnerstag, 03.04.2025, 17:30 Uhr
Raum, Ort:	Heimathaus, Eingang Luisenstraße, 56564 Neuwied

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

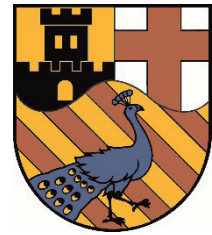
	Simmer	Schossig
1. Einwohnerfragestunde gem. § 16 a GemO		
2. Besetzung der Ausschüsse und sonstiger Gremien hier: Erweiterungen		
2.1. Bildung des Ausschusses für Kultur, Marketing und Tourismus für die Wahlperiode 2024-2029; Berechtigte Mitglieder des Seniorenbeirates zur Teilnahme an den Sitzungen von relevanten Ausschüssen	Ja	Ja
2.2. Bildung des Planungsausschusses für die Wahlperiode 2024- 2029; Berechtigte Mitglieder des Seniorenbeirates zur Teilnahme an den Sitzungen von relevanten Ausschüssen	Ja	Ja
2.3. Bildung des Sportausschusses für die Wahlperiode 2024-2029; Berechtigte Mitglieder des Seniorenbeirates zur Teilnahme an den Sitzungen von relevanten Ausschüssen	Ja	Ja
3. Unterrichtung des Stadtrates gemäß § 33 Abs. 2 GemO über die mit Rats- und Ausschussmitgliedern sowie mit Bediensteten der Stadt Neuwied im Jahre 2024 geschlossenen Verträge	Kenntnisnahme	
4. Änderung der Richtlinie "Balkonkraftwerke für Privathaushalte" im Rahmen des kommunalen Förderprogramms KIPKI	Ja	Ja
5. Kommunale Wärmeplanung; überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln	Ja	Ja
6. Änderung der Satzung über die Nutzung des Veranstaltungsgeländes Kirmeswiese Heddesdorf	Ja	Ja
7. Schiffsanleger 2 Stadt Neuwied – Vermietung stadteigener Flächen an die Flusskreuzfahrt	Ja	Ja

		Simmer	Schossig
8.	Auftragsvergabe für zwei Hilfeleistungs- Löschgruppenfahrzeuge (HLF 10) für die Freiwillige Feuerwehr Neuwied, Löschzug Nieberbieber-Segendorf und Löschzug Heimbach-Weis Überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung (VE)	Ja	Ja
9.	Teilweise Einziehung einer fußläufigen Verbindung in der Gemarkung Fahr, Stadtteil Neuwied - Feldkirchen <i>Stadtratsbeschluss, hier in Verbindung mit der teilweisen Außerbetriebssetzung einer fußläufigen Verbindung, nach Auszug Lageplan, hier in der Gemarkung Fahr, Stadtteil Neuwied - Feldkirchen</i>	Ja	Ja
10.	1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 161/162 "Heimathaus" für den Bereich zwischen Luisenstraße, Hermannstraße, Schloßstraße und Langendorfer Straße zwischen Luisenstraße und Schloßstraße (Änderungsbereiche 1 und 2) Abwägung über die eingegangenen Stellungnahmen	Ja	Ja
11.	1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 161/162 "Heimathaus" für den Bereich zwischen Luisenstraße, Hermannstraße, Schloßstraße und Langendorfer Straße zwischen Luisenstraße und Schloßstraße (Änderungsbereiche 1 und 2) Satzungsbeschluss	Ja	Ja
12.	Änderung der „Richtlinie der Stadt Neuwied zur Förderung von Begrünungsmaßnahmen“ im Rahmen des kommunalen Förderprogramms KIPKI	Ja	Ja
13.	Übertragung von städtischen Waldflächen (Energieerzeugungspotentialflächen) in der Gemarkung Rodenbach in das Gesellschaftsvermögen der Stadtwerke Neuwied GmbH	Nein	Nein
14.	Insolvenz des DRK-Krankenhauses Neuwied; Perspektiven	Kenntnisnahme	
15.	Außerplanmäßige Auszahlung bei Buchungsstelle 1.11.4.2/2540.785200 Erwerb Grundstücke DRK-Krankenhaus	Ja	Ja

Nichtöffentlicher Teil

1. Unternehmensangelegenheit
2. Vertragsangelegenheit
- 3.-7. Personalangelegenheiten

Beschlussvorlage zu TOP 13:



Übertragung von städtischen Waldflächen (Energieerzeugungspotentialflächen) in der Gemarkung Rodenbach in das Gesellschaftsvermögen der Stadtwerke Neuwied GmbH

Beschlussvorlage

Vorlage-Nr.: VO/0088/24-01

Datum: 06.03.2025

Amt: Amt für Recht und Liegenschaften

Status	Datum	Beratungsfolge	Zuständigkeit
N	11.03.2025	Stadtvorstand	Vorberatung
Ö	18.03.2025	Haupt- und Personalausschuss	Vorberatung
Ö	18.03.2025	Ortsbeirat Rodenbach	Vorberatung
Ö	03.04.2025	Stadtrat Neuwied	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

(Ergänzung zur Beschlussvorlage VO/0088/24 vom 04.09.2024)

Die Stadt Neuwied überträgt das Eigentum an der nachfolgend in den Erläuterungen näher bezeichneten städtischen Waldfläche (Energieerzeugungspotentialfläche) in das Gesellschaftsvermögen der Stadtwerke Neuwied GmbH.

Finanzielle Auswirkungen:

Einmalige Aufwendungen / Erträge:

Sämtliche bei der Übertragung der Grundstücke anfallenden Kosten sowie die Grunderwerbsteuer und die Kosten der Vermessung gehen zu Lasten der Stadtwerke Neuwied GmbH (nachfolgend: SWN).

Folgewirkungen / -kosten:

Deckung:

Erläuterungen:

Gemarkung: Rodenbach
Flur: 3
Nr.: 1/14 (Größe der Fläche: 65.865 m²)

Der Stadtrat hat am 25.04.2024 mit Beschlussvorlage VO/1685/24 beschlossen, dass eine Einlage von städtischen Waldflächen (Energieerzeugungspotentialflächen) in das Gesellschaftsvermögen der SWN durch die Stadt als alleinige Gesellschafterin vorzubereiten ist. In der Beschlussvorlage wurde unter anderem das weitere Vorgehen skizziert, dass eine Übertragung des Eigentums an

den noch zu vermessenden und zu parzellierenden Waldgrundstücken in das Gesellschaftsvermögen der SWN sowie die Änderung deren Satzung vorsieht.

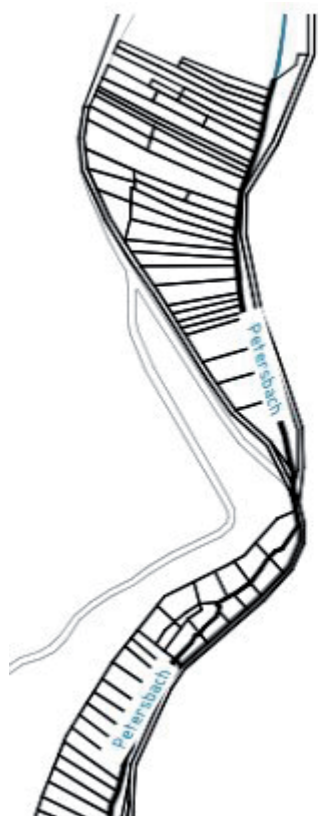
Mit der Beschlussvorlage VO/0088/24 vom 04.09.2024 beschloss der Stadtrat, dass das Eigentum an insgesamt zehn Energieerzeugungspotentialflächen einschließlich von Pufferflächen für Standortkorrekturen der Anlagen auf die SWN übertragen werden. Versehentlich wurde in der Beschlussvorlage ein Standort nicht berücksichtigt. Dieser wurde zwischenzeitlich einschließlich der Pufferflächen für Standortkorrekturen sondiert und als eigenes Flurstück definiert. Über dieses soll vorliegend ergänzend beschlossen werden.

Die Lage des Flurstücks kann der Anlage entnommen werden. Der geschätzte Wert der Flächen beläuft sich auf etwa 85.600 €. Er errechnet sich aus dem durchschnittlichen Wert der bewaldeten Fläche, wie er in der Waldvermögensbewertung des Forstamtes Dierdorf beschrieben wird. Der endgültige Wert der Flächen wird noch ermittelt.

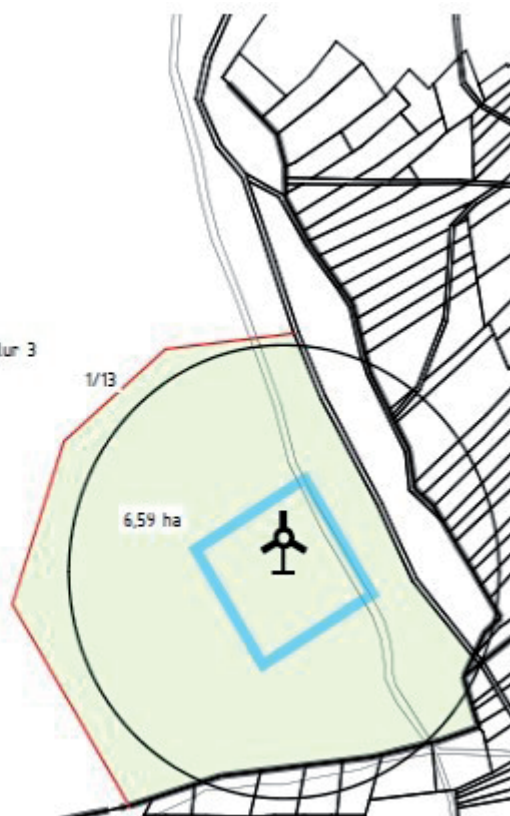
Die Eigentumsübertragung muss im Detail den Vorgaben der durch die Stadt beauftragten Anwaltskanzlei Rödl & Partner entsprechen, die in der oben genannten Beschlussvorlage dargestellt werden. Vor der notariellen Beurkundung der Satzungsänderung hat eine fristgerechte Anzeige bei der ADD zu erfolgen.

Anlage/n:

1	Lageplan
---	----------



Flur 3



Redebeitrag des Fraktionsvorsitzenden Patrick Simmer zu TOP 13: Übertragung von städtischen Waldflächen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

bereits am 4. September 2024 wurden zehn städtische Grundstücke als sogenannte Energieerzeugungspotentialflächen ohne vertragliche Gegenleistung an die Stadtwerke Neuwied übertragen. Im Nachgang kamen noch wichtige Fakten auf den Tisch, z.B. dass sich die Hälfte der übertragenen Grundstücke in der Pufferzone des Unesco Welterbe Limes befinden und aktuell dort gar keine Windkraftanlagen errichtet werden können. Wir von „Ich tu’s“ hätten uns gewünscht, dass diese Information dann auch in der Beschlussvorlage gestanden hätte. Sie war den Verantwortlichen schließlich bereits bekannt. Der gesamte Vorgang liegt zur Überprüfung bei der ADD - ein Ergebnis steht hier noch aus.

Heute geht es um die Übertragung eines versehentlich vergessenen Waldgrundstücks in der Gemarkung Rodenbach und die damit verbundene Gefahr der Zerstörung von Lebensraum geschützter Tierarten. Die Naturschutzinitiative weist kürzlich, für jeden einsehbar, auf den dortigen Lebensraum u.a. von Wildkatzen hin. Auch das ist ein Ausschlusskriterium für die Errichtung von Windenergieerzeugungsanlagen. Und ich möchte verhindern, dass Sie hinterher sagen, dass sie davon nichts wussten.

Anstatt eine Eignungsprüfung des Grundstücks im Vorfeld durchzuführen, überträgt man zuerst das Waldgrundstück an die SWN, um hinterher evtl festzustellen, dass eine Windkraftanlage gar nicht möglich ist. Eine Rückübertragung wird dann wohl eher nicht erfolgen, da die Stadt Neuwied dann eine Grunderwerbssteuer bezahlen müsste. Damit hat man aber keineswegs bewiesen, dass man an einer Energiewende interessiert ist, sondern dass man leichtfertig mit dem Eigentum der Bürgerinnen und Bürger umgeht.

Faktisch geht es also nur noch um eine Kapitalerhöhung der SWN, die durch die Übertragung von Grundstücken erfolgt. Eine Zahlung von Geldbeträgen würde möglicherweise durch die ADD auch gar nicht genehmigt werden - Friedrichshof lässt grüßen.

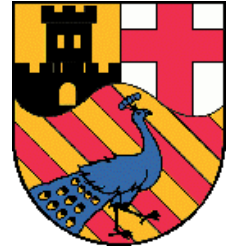
Ich möchte auch darauf hinweisen, dass in der Beschlussvorlage unter dem Abschnitt „Folgewirkungen / -kosten“, wie schon im vergangenen September, keine Angaben gemacht wurden. Aus unserer Sicht hätten dort die Ausfälle der möglichen Pachteinahmen beziffert werden müssen. Aus Datzeroth wissen wir, dass es schnell mal um 245.000 Euro jährlich je Windrad gehen kann. Dies ist schließlich von wesentlicher Bedeutung, da die immer wieder vorgebrachten Querverbundsleistungen durch die SWN vom wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens abhängig und keineswegs garantiert sind.

Aus unserer Sicht ist der Begriff „Energieerzeugungspotentialfläche“ teils irreführend, da es sich wie zuvor beschrieben, vielfach nur um eine „Potentialerwartungsfläche“ handelt, wenn aktuell geltendes Recht z.B. die Errichtung von Windrädern verbietet. Sie könnten ja sonst nach Ihrer Definition auch den Marktplatz oder die Goetheanlagen als Energieerzeugungspotentialflächen ausweisen, um sie an die Stadtwerke zu übertragen.

Wir von „Ich tu’s“ sind für eine Energiewende. Insofern sollte die Stadt Neuwied großflächig mögliche Potentiale auf städtischen und privaten Grundstücken untersuchen und danach erst tätig werden. Für das halbherzige Vorgehen wie in diesem Fall haben wir nur wenig Verständnis und lehnen die Grundstücksübertragung ab.

Stadt Neuwied

Engerser Landstraße 17
56564 Neuwied



Beschlussauszug

aus der

öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates von Neuwied
vom 03.04.2025

- Top 13 Übertragung von städtischen Waldflächen (Energieerzeugungspotentialflächen) in der Gemarkung Rodenbach in das Gesellschaftsvermögen der Stadtwerke Neuwied GmbH**

Beschlussvorschlag:

(Ergänzung zur Beschlussvorlage VO/0088/24 vom 04.09.2024)

Die Stadt Neuwied überträgt das Eigentum an der nachfolgend in den Erläuterungen näher bezeichneten städtischen Waldfläche (Energieerzeugungspotentialfläche) in das Gesellschaftsvermögen der Stadtwerke Neuwied GmbH.

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag wird mit

31 Stimmen dafür und
11 Gegenstimmen

angenommen.

Auszug aus der offiziellen Niederschrift zum öffentlichen Teil der Stadtratssitzung

1. Einwohnerfragestunde gem. § 16 a GemO

Wortprotokoll:

Es erfolgen folgende Wortmeldungen:

Wortmeldung 1:

Meine Anfrage geht zurück auf eine gleichlautende Anfrage, die ich vor einem halben Jahr schon gestellt habe. Die Container, seien es die Altkleidercontainer, seien es die Glascontainer, sind nicht nur für mich, sondern auch für viele Bürger sicherlich ein notwendiges Übel. Es geht um die Vermüllung, besonders erschreckend ist, dass etliche Bürgerinitiativen Reinigungsaktionen in ihren Gemeinden durchgeführt haben und schon zwei Tage später war der Zustand so als ob nichts gemacht worden wäre. Ich kenne natürlich nicht die Maßnahmen, die das Ordnungsamt ständig macht. Ich sehe nur wenn nichts gemacht wird, wahrscheinlich passiert viel von dem man nichts merkt. Um zur Frage zu kommen, vor einem halben Jahr hatte ich auf die Initiativen der Stadt Ludwigshafen hingewiesen und Herr Seemann hatte gesagt, dass dies ein Pilotprojekt sei. Die Zeit für dieses Pilotprojekt ist jetzt vorbei. Mir sind keine Aussagen bekannt, nach denen das Pilotprojekt gescheitert sei. Das heißt nach einem halben Jahr müssten die Ergebnisse verwendbar sein, wenn nichts anderes vereinbart würde. Wird Neuwied jetzt in irgendeiner Form auch in Richtung Videoüberwachung gehen, dass wäre das eine. Die zweite Frage geht um Anfragen, die jetzt fast schon zwei Jahre her sind. Die Stadtverwaltung hat geplant, auf dem Rathaus eine Photovoltaikanlage zu errichten. Wegen der Unmöglichkeit in der Kombination mit der Gründachausrichtung wurde es verneint und es wurde gesagt, dass stattdessen neben dem Gründach auf dem Rathaus die Volkshochschule mit einer Photovoltaikanlage ausgerüstet werden sollte oder die Garagen, die am Rathaus sind. Ich bin natürlich nicht in Besitz einer Drohne, weiß nicht ob ein Gründach auf dem Rathaus ist. Auf der Volkshochschule habe ich keine Voltauikanlage gesehen. Auch auf anderen städtischen Einrichtungen habe ich keine neuen Anlagen wahrgenommen. Ich möchte bewusst mich zu den Stadtwerken abgrenzen, ich will Antworten haben, die die Stadt macht. Das sind meine beiden Fragen.

Herr Oberbürgermeister Jan Einig:

Vielen Dank, ich gebe die Fragen weiter an den Kollegen Seemann.

Herr Beigeordneter Ralf Seemann:

Vielen Dank Herr Oberbürgermeister. Sie haben zwei Fragen gestellt, das eine ist das Thema Videoüberwachung von Glascontainern und Altkleidercontainern. Sie haben Recht, das Pilotprojekt in Ludwigshafen ist jetzt ausgelaufen oder am Auslaufen, wir sind auch in Kontakt mit Ludwigshafen. Wir sind allerdings nicht die einzige Stadt. Noch gibt es keine evaluierten Ergebnisse, aber sobald wir die haben, werden wir natürlich versuchen auch damit zu arbeiten. Man darf daraus jetzt aber nicht ableiten, dass der Landesdatenschützer einmal ein Pilotprojekt genehmigt hat, dass sich daraus ableiten lässt, dass wir jetzt einfach eine Genehmigung haben, um auch eine Videoüberwachung umzusetzen. Sondern wir können versuchen aus dem was die Erfahrungen aus Ludwigshafen sind, ein eigenes Projekt zu schüren. Wir sind aber parallel auch dran auf verschiedenen Ebenen auch mit entsprechenden Sensibilisierungskampagnen, die wir in der Planung haben, einfach auch Bürgerinnen und Bürger mehr zu sensibilisieren. Sie haben es ja gerade auch berichtet, wir versuchen solche Stellen so schnell als es geht aufräumen zu lassen aber um ganz ehrlich zu sein, wir



kommen ganz oft nicht hinterher. Heute wird am Abend abgeräumt und am nächsten Morgen kann man wieder die gleichen Geschichten sehen. Wir dürfen es nicht videoüberwachen. Manchmal haben wir Glück und haben Zeugen, die Bilder machen die man auch nachverfolgen kann. Das bringen wir alles zur Anzeige, dann ist aber die verfolgende Behörde die Kreisverwaltung, die ist ja für die Abfallwirtschaft zuständig. Da sehen wir dann nicht immer, ob und wie die Verfahren tatsächlich weiterverfolgt werden. Wir sind aber sehr daran interessiert, hier mehr Griff dran zu kriegen, aber es ist nicht einfach und das was Ludwigshafen gemacht hat war in gewisser Weise auch so ein Stück Notwehr, um da einfach die wilden Müllablagerungen einzugrenzen. Ganz gelungen ist das nach den Zwischenberichten auch nicht und inwieweit das zu nachhaltigen Verbesserungen geführt hat, müssen wir abwarten. Aber wie gesagt, was wir verwerten können und nach Neuwied übertragen. Das werden wir auch versuchen zu tun. Das zweite Thema, die PV-Anlage auf dem Rathaus in der Engerser Landstraße. Das hatte ich hier berichtet, das ging ja so nicht. Um ihre Frage zu beantworten, ja, auf dem Dach ist ein Gründach eingerichtet. Das ist jetzt auch im zweiten Jahr am Wachsen. Die Flächen sind mittlerweile auch schon schön begrünt. Wir haben, glaube ich im letzten Jahr, auch eine Pressemitteilung dazu gemacht, da war das mit Bild in der Zeitung. Die Idee dann auf den Garagen eine PV-Anlage zu errichten haben wir wieder fallen gelassen, weil die Garage durch den historischen Friedhof in der Nachbarschaft so permanent beschattet werden. Also auf der einen Seite haben wir den Friedhof, auf der anderen Seite haben wir das Verwaltungsgebäude, sodass dieser Standort einfach immer im Schatten liegt. Wir haben uns aber dazu entschlossen, aus den Mitteln des KIPKI-Programmes Ladestationen hinter dem Rathaus zu errichten und wenn das geht, werden wir die auf dem Dach mit einer PV-Anlage versehen. Die Anlagen der VHS können Sie sehen, wenn Sie vor dem Gebäude und vor dem Haupteingang der VHS stehen und auf das Dach hochschauen, das ist komplett mit PV belegt. Die läuft auch schon und produziert fleißig Strom. Wir sind auch gerade dran, für die städtischen Gebäude einen Bilanzkreis zu installieren, der es uns einfacher macht, auf allen Gebäuden, die wir künftig planen PV-Anlagen zu installieren, weil wir dann die Stromeinspeisung über den Bilanzkreis abrechnen können und nicht auf den Verbrauch in dem gleichen Gebäude angewiesen sind. Das ist oft schwierig, wenn wir zum Beispiel über eine Sporthalle reden, die kaum eigenen Strom verbraucht, hat aber ein riesiges Dach auf dem Strom erzeugt wird, den wir dann in das Netz einspeisen müssten. Haben wir einen Bilanzkreis, können wir den auf die Verbräuche in anderen Gebäuden anrechnen lassen. Da sind wir dran und das ist Prozess, da sind wir auf dem Weg und nach und nach werden die Dächer, die dafür geeignet sind, auch mit einer PV-Anlage ausgerüstet.

Wortmeldung 2-1:

Mich interessiert die Situation Erwerbung des Geländes Friedrichshof im Engerser Feld. Die ADD hat das wohl abgelehnt. Frage, ist das ein Missverständnis oder wurde die Stadt hier irgendwo hintergangen? Das würde mich wirklich interessieren. Ich selbst habe sehr oft mit Dienstleistungsbehörden gearbeitet und habe so eine Situation nie kennengelernt in meinem Berufsleben

Herr Beigeordneter Ralf Seemann:

Also nur, um das richtig zu verstehen, Sie meinen das Gelände Friedrichshof? Da sind wir in einem Prozess. Wir versuchen, die Gelände zu erwerben. Wir müssen dafür natürlich Kredite aufnehmen, da sind wir in Abstimmung mit der Kommunalaufsicht. Bislang begleitet die Kommunalaufsicht das zwar insgesamt sehr positiv, ohne aber am Ende tatsächlich eine Genehmigung zu unterschreiben, was für alle bislang unbefriedigend ist. Wir versuchen das mit Gesprächen und auch, ich sag mal Intervention nachgeordneter Stellen, zu beschleunigen. Letztlich sind wir darauf angewiesen, dass die Kommunalaufsicht am Ende uns die



Kreditgenehmigung gibt, alles andere ist vorbereitet und wartet nur darauf, dass wir den nächsten Schritt machen.

Wortmeldung 2-2:

Aber laut Presse gab es doch wohl eine mündliche Zusage oder zumindest eine Richtungsweisung, dass es funktioniert. Es wird ja so dargestellt, dass sie da überrascht worden sind, also dass es abgelehnt wurde.

Herr Beigeordneter Seemann:

Das ist ja das, wo wir selber auch noch ein bisschen mit den Ergebnissen hadern. Bislang hat die Kommunalaufsicht das nicht abgelehnt, sondern nur nicht genehmigt aber eine Genehmigung in Aussicht gestellt. Das ist ein Prozess, der dauert jetzt schon sehr lange und wir waren eben der Meinung, dass wir früh genug mit der Kommunalaufsicht in einen konstruktiven Dialog gegangen sind. Wir fühlten uns da auch immer positiv begleitet, dass wir also von der Kommunalaufsicht auch die Signale hatten, ja das ist der richtige Weg, den die Stadt da geht. Aber man hat nach wie vor Bedenken, die nicht wirklich exakt artikuliert werden und stellt eine Genehmigung weiterhin in Aussicht, fordert aber immer wieder neue Dinge nach. Das macht es für uns schwierig. Am Ende wäre es für uns fast besser sie würden mal sagen wir versagen das Ganze, dann könnte man auch klagen oder sonst was machen. Jetzt hängen wir als Stadt und alle sonst an dem Prozess beteiligten einfach in der Luft und warten darauf, dass wir den nächsten Schritt machen können. Die Stadt ist bereit, wir haben alles gemacht, was wir machen müssen. Und sobald wir eine Genehmigung haben, geht es los.

Wortmeldung 2-3:

Also war ihre Grundeinschätzung zu optimistisch, ok. Ich selbst denke die Gesamtsituation ist ja im Moment nicht so rosig, dass es überhaupt Sinn ergibt, das Gebiet neu zu erschließen und das ist meine persönliche Meinung. Eine zweite Frage habe ich noch zu der Situation der Baumaßnahmen an dem Luisenplatz. Da habe ich selbst an zwei Veranstaltungen teilgenommen. Da wurde ein kompletter Zeitplan angegeben, wie die Umbaumaßnahmen stattfinden. Beim ersten Mal gab es noch keinen Bauunternehmer, der bereit war da zu bauen also war das schonmal ein Schuss in den Ofen und jetzt war wieder im Januar oder Anfang Februar wieder eine Veranstaltung. Da wurde das vorgestellt und es wird wieder nicht zeitgemäß, laut dem Plan umgebaut. Was sind die tatsächlichen Gründe warum der Luisenplatz wieder nicht umgebaut wird.

Herr Oberbürgermeister Jan Einig:

Sie haben mitbekommen, dass eine Insolvenz bei der Baufirma, welche den Auftrag erhalten hat, eingeleitet wurde. Das hat letztlich zu den Verzögerungen geführt

Wortmeldung 2-4:

Das kann ja nicht sein, es wurde ja vorgestellt, kein Problem, es gibt ein Nachfolgeunternehmen. Warum hat man einen Timetable vorgegeben, das Unternehmen war ja zu dem Zeitpunkt schon insolvent.

Herr Oberbürgermeister Jan Einig:

Es war vorläufig insolvent und es gab noch kein Nachfolgeunternehmen zum Zeitpunkt des Auftrages, sondern wir sind auch in den Gesprächen mit dem Insolvenzverwalter davon ausgegangen, dass es weitergeht und es geht jetzt auch weiter, es gibt ein Nachfolgeunternehmen. Aber aufgrund der Tatsache, dass es da eben ein paar Umstrukturierungen gibt kommt



es dort zu Verzögerungen. Wir könnten denen jetzt den Auftrag versagen, dann findet die Maßnahme allerdings überhaupt nie mehr statt, denn dann werden wir den Förderzeitraum nicht mehr schaffen. Wir müssten dann neu ausschreiben, wenn das Ausschreibungsverfahren erledigt ist müssen wir einen Auftrag erteilen und dann sind wir über den Förderzeitraum hinaus. Dann werden wir überhaupt keine Gelder mehr dafür bekommen also können wir entweder jetzt zwei, drei Wochen warten bis es losgeht oder die ganze Baumaßnahme komplett stoppen und dann auch nicht mehr durchführen

Wortmeldung 2-5:

Und wie ist jetzt die tatsächliche Situation? Wird jetzt noch im Frühjahr angefangen?

Herr Oberbürgermeister Jan Einig:

Ja.

Wortmeldung 2-6:

Das heißt der Gartenmarkt und auch das Deichstadtfest verschieben sich von der Lokalität?

Herr Oberbürgermeister Jan Einig:

Da ist von auszugehen. Der Gartenmarkt sowieso, das war von vorne rein so eingeplant und auch beim Deichstadtfest wird das passieren, ja. Wir sind im Plan B daher findet alles statt.

Wortmeldung 3:

Ich habe nochmal eine Frag an den Herr Seemann, Nachtrag zum Müll. Was hindert die Stadt Neuwied einen Antrag zu stellen für dieses Pilotprojekt Ludwigshafen, weil dann hätten wir wenigstens mal ein halbes Jahr Sauberkeit.

Herr Beigeordneter Ralf Seemann:

Wie so oft bei einem Pilotprojekt ist die Genehmigung daran gebunden, dass man die Evaluierung abwartet. Also dass wir jetzt einen zweiten, gleichlautenden Antrag stellen beim Landesdatenschutzbeauftragten hat keine Aussicht auf Erfolg, solange man nicht abwartet was die Evaluierung in Ludwigshafen gebracht hat. Es ist auch ein Trugschluss zu glauben, dass dann alle Probleme gelöst wären. Es handelt sich ja auch nicht um eine feste Anlage, sondern in Ludwigshafen ist das eine mobile Anlage die in einem PKW montiert ist, der dann mal da mal dort steht. Also da wo der steht ist das wie bei uns, wenn Geschwindigkeiten gemessen werden. Da passiert dann nichts und der Müll liegt dann an einer anderen Stelle. Das ist oft auch eine Verdrängung. Ich weiß, dass das Problem brennt, aber ich bitte auch um Verständnis, dass nicht jede Lösung die in anderen Kommunen gemacht wird nicht eins zu eins auch auf unsere Stadt zu übertragen ist. Wir haben das auf dem Schirm, wir arbeiten an Lösungen, aber wir wissen eben sowohl sich alle bemühen, es gibt da keine Musterlösung, die das Problem tatsächlich so löst, dass das nicht mehr passiert.



Wortmeldung 4:

Ich möchte es nicht versäumen Herr Einig, Ihnen zur Wiederwahl zu gratulieren. Toll und überzeugend, ein großer Vertrauensbeweis der Bürger von Neuwied in Sie und wir wünschen alles Gute auf dem Weg in die nächste Amtsperiode. Zu meiner Frage. Sie hatten bei der letzten Sitzung gesagt, Sie sind nicht zuständig für die deutsche Bundesbahn, völlig d'accord, da können sie nichts für tun. Aber ich höre von vielen Senioren, die nicht so Internet-, App- oder Handyaffin sind, dass sie große Probleme haben zwischenzeitlich Fahrkarten zu kaufen oder Auskünfte zu erhalten etc. Was könnte sich die Stadt vorstellen, um diesen Umstand abzuwenden, denn das wäre wieder ein Stadtthema. Meine zweite Frage bezieht sich auf die Marienschule. Wie ist denn der Stand bitte zur Entlüftungsanlage und zur Turnhalle. Die Entlüftungsanlage funktioniert ja immer noch nicht und die Turnhalle ist ja schon weit hinterher.

Herr Oberbürgermeister Jan Einig:

Zur ersten Frage. Es gab zwischenzeitlich weitere Gespräche mit der Bahn. Auch die Bahn hat die Verkaufsstelle oder die Organisation der Verkaufsstellen grundsätzlich abgegeben an ein weiteres Tochterunternehmen, das heißt auch derjenige oder diejenige, die zuständig sind für das Gebäude. Ich kann zumindest an dieser Stelle schon mal sagen, dass es da gerade Planungen gibt, dass es da zumindest bezüglich des Gebäudes weitergehen soll. Allerdings zur tatsächlichen Fahrkartenausgabe konnte man auch mir letzte Woche, nachdem ich nochmals nachgefragt habe, leider noch nichts sagen. Ein Trugschluss, ja es wäre schön, wenn wir als Stadt dort einen Einfluss hätten, dann würde ich das gerne geltend machen, haben wir aber nicht. Das ist sehr misslich, ich bin auch leider nicht dafür zuständig, dass es andere Kartenausgaben für Busse oder andere Dinge in unserer Stadt gibt. Da haben wir auch keine Handhabe, da können wir uns auf den Kopf stellen, das haben wir letztlich nicht zu verantworten. Ich bin aber nach wie vor guten Mutes, dass auf jeden Fall wieder ein Gebäude hinkommt, darüber hinaus aber auch eine Beratungsstelle oder auch eine Fahrkartenausgabe, die zumindest teilweise besetzt ist. Ob diese wie vorher jeden Tag besetzt ist da kann ich gar nichts zu sagen aber wir werden natürlich unsere Möglichkeiten nutzen, um auch das wieder dahin zu kriegen. Das sind uns aber leider in der Tat etwas die Hände gebunden. Die anderen Fragen würde ich wieder an Herrn Seemann abgeben.

Herr Beigeordneter Ralf Seemann:

Vielen Dank, Sie haben 2 Fragen zur Marienschule gestellt: Das eine ist das Thema „Lüftungsanlage“. Es ist in der Tat so, dass die Lüftungsanlage verspätet in Betrieb geht. Das hat damit zu tun, dass während der Installationsphase sich eine Taube in einem der Lüftungsgeräte niedergelassen hatte und versehentlich eingesperrt wurde, als man die Anlage dann mit einem Gitter versehen hat. Das ist leider erst nach dem Wochenende aufgefallen. Diese Taube, und es ist gut, dass ich dafür auch mal Gelegenheit habe, wurde lebend in die Freiheit entlassen, wohnte aber ein Wochenende in dieser Lüftungsanlage, so dass wir einfach sichergehen und die Anlage nicht in Betrieb nehmen wollten, bevor klar ist, dass da jetzt keine Hinterlassenschaften in der Anlage sind, die man anschließend in den Klassenraum bläst und wollten von der installierenden Firma auch einen Nachweis darüber, dass die anderen Anlagen auch alle save sind, dass da also kein Tier drin gewohnt hat.

Problematisch war ein bisschen die Kommunikation mit der Firma, die dieser Aufforderung lange nicht nachgekommen ist. Deswegen ist die Anlage nicht in Betrieb gegangen, bevor das passiert ist. Wir waren da aber auch immer im Austausch mit der Schulleitung, so dass die eigentlichen Nutzerinnen und Nutzer informiert waren. Zwischenzeitlich ist diese Prüfung erfolgt. Die Anlage ist betriebsbereit, wird jetzt in den Osterferien mal eine Woche komplett durchlaufen gelassen, damit eventuelle Störungen behoben werden können, ohne, dass gleichzeitig Schulbetrieb ist und ist danach, wenn es warm wird, funktionsfähig.



Zur Turnhalle – da muss man dazu sagen, dass das eine Baumaßnahme ist, die ja von Anfang an von einigen Schwierigkeiten begleitet ist. Die jüngsten Probleme waren, dass uns der Fachplaner für die ganzen technischen Gewerke verlassen hat und wir uns neu orientieren mussten, wer die technischen Gewerke beaufsichtigt und da die Bauleitung übernimmt. Das Problem haben wir gelöst. Momentan kämpfen wir noch um die Einhaltung der Bauzeit für die Prallwand. Das ist eine der Maßnahmen, die die Baumaßnahme enorm verzögert hat, weil es da eben nicht viele Spezialhersteller gibt und nachdem der Auftrag vergeben war, hat sich plötzlich die Lieferzeit um viele Monate verlängert. Das war für uns ja nicht absehbar im Vorfeld. Das ist total ärgerlich, denn an der Montage der Prallwand hängt auch die Montage des Bodens. Der Boden kann erst installiert werden, wenn die Wand drin ist, weil es ist ein Schwingboden und das ganze System muss aufeinander abgestimmt sein. Also im Moment lautet der Bauzeitenplan darauf, dass im Mai die Prallwand geliefert wird. Wir kämpfen mit der Firma ein bisschen darum, dass sie das auch tatsächlich einhält und hoffen, dass das alles termingerecht über die Bühne geht.

Wortmeldung 4-1:

Schönen Dank.

2. Besetzung der Ausschüsse und sonstiger Gremien

hier: Erweiterungen

2.1. Bildung des Ausschusses für Kultur, Marketing und Tourismus für die Wahlperiode 2024-2029;

VO/0010/24-03

Berechtigte Mitglieder des Seniorenbeirates zur Teilnahme an den Sitzungen von relevanten Ausschüssen

Kenntnisnahme:

Die nachstehend aufgeführten Mitglieder des Seniorenbeirates der Stadt Neuwied sind zur Teilnahme an den Sitzungen der Ausschüsse, die die Belange der von ihnen vertretenen gesellschaftlich bedeutsamen Gruppen berühren, berechtigt und wirken in diesen mit beratender Stimme mit.

Ausschuss für Kultur, Marketing und Tourismus:

Mitglied	Stellvertreter/in
Hoffmann, Renate	Rohde, Stefan Günter

Beratungsergebnis:

Der Stadtrat nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.



2.2. Bildung des Planungsausschusses für die Wahlperiode 2024-2029;

Berechtigte Mitglieder des Seniorenbeirates zur Teilnahme an den Sitzungen von relevanten Ausschüssen

VO/0015/24-04

Kenntnisnahme:

Die nachstehend aufgeführten Mitglieder des Seniorenbeirates der Stadt Neuwied sind zur Teilnahme an den Sitzungen der Ausschüsse, die die Belange der von ihnen vertretenen gesellschaftlich bedeutsamen Gruppen berühren, berechtigt und wirken in diesen mit beratender Stimme mit.

Planungsausschuss:

Mitglied	Stellvertreter/in
Heckmann, Hans Joachim	Köfer, Ruth

Beratungsergebnis:

Der Stadtrat nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

2.3. Bildung des Sportausschusses für die Wahlperiode 2024-2029;

Berechtigte Mitglieder des Seniorenbeirates zur Teilnahme an den Sitzungen von relevanten Ausschüssen

VO/0019/24-04

Kenntnisnahme:

Die nachstehend aufgeführten Mitglieder des Seniorenbeirates der Stadt Neuwied sind zur Teilnahme an den Sitzungen der Ausschüsse, die die Belange der von ihnen vertretenen gesellschaftlich bedeutsamen Gruppen berühren, berechtigt und wirken in diesen mit beratender Stimme mit.

Sportausschuss:

Mitglied	Stellvertreter/in
Winter, Klaus	Olschewski, Rüdiger

Beratungsergebnis:

Der Stadtrat nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

3. Unterrichtung des Stadtrates gemäß § 33 Abs. 2 GemO über die mit Rats- und Ausschussmitgliedern sowie mit Bediensteten der Stadt Neuwied im Jahre 2024 geschlossenen Verträge

VO/0279/25

Kenntnisnahme:



Nachfolgende im Jahr 2024 geschlossenen und gemäß § 33 Abs. 2 Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz (GemO) unterrichtungspflichtigen Verträge werden zur Kenntnis genommen.

Beratungsergebnis:

Der Stadtrat nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-
4. **Änderung der Richtlinie "Balkonkraftwerke für Privathaushalte" im Rahmen des kommunalen Förderprogramms KIPKI** **VO/0277/25**

Beschlussvorschlag:

Die geänderte Richtlinie der Stadt Neuwied zur Förderung von Balkonkraftwerken für Privathaushalte wird beschlossen.

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig angenommen.

-
5. **Kommunale Wärmeplanung; überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln** **VO/0278/25**

Beschlussvorschlag:

Die überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die kommunale Wärmeplanung wird beschlossen.

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag wird mit

33 Stimmen dafür und
8 Gegenstimmen

angenommen.

-
6. **Änderung der Satzung über die Nutzung des Veranstaltungsgeländes Kirmeswiese Heddesdorf** **VO/0275/25**

Beschlussvorschlag:

Der beigefügten Änderung der Satzung über die Nutzung des Veranstaltungsgeländes „Kirmeswiese Heddesdorf“ wird zugestimmt.

Insbesondere soll beachtet werden, dass dieser Entscheidung das jeweils gültige Säugetiergutachten und die Zirkusleitlinie des Bundesministeriums für Ernährung und



Landwirtschaft (BMEL) und ergänzend die Gutachten, Merkblätter und Checklisten der Tierärztlichen Vereinigung für Tierschutz (TVT) zugrunde liegt.

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig angenommen.

7. Schiffsanleger 2 Stadt Neuwied – Vermietung stadteigener Flächen an die Flusskreuzfahrt

VO/0284/25

Beschlussvorschlag:

Die Schiffsanlegestelle 2 (siehe Anlage 1, Lage Anleger 2 Stadt Neuwied), bzw. eine Grundstücksteilfläche aus den städtischen Grundstücken in der Gemarkung Neuwied, Flur 6, Flurstück 224/5 wird zur Auflage einer Landebrücke (Brücke und Ponton) für die Flusskreuzschifffahrt an die Scylla AG verpachtet. Die Anlage wird durch die Scylla AG betrieben. Die Vertragslaufzeit ist auf 10 Jahre befristet, mit Option auf Verlängerung.

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig bei 1 Enthaltung angenommen.

8. Auftragsvergabe für zwei Hilfeleistungs- Löschgruppenfahrzeuge (HLF 10) für die Freiwillige Feuerwehr Neuwied, Löschzug Nieberbieber-Segendorf und Löschzug Heimbach-Weis

VO/0285/25

Überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung (VE)

Beschlussvorschlag:

1. Der Auftrag zur Lieferung von zwei Hilfeleistungs- Löschgruppenfahrzeuge wird an die Firma Albert Ziegler GmbH zum Gesamtpreis von 1.060.845,40 € vergeben.
2. Zur Finanzierung der Maßnahme „Anschaffung der beiden Hilfeleistungs- Löschgruppenfahrzeuge“ wird die vorhandene VE von 700.000 € um weitere 360.845,40 € aufgestockt und zusätzlich beschlossen.

Beschluss:

Vorsitzender schlägt eine En-Bloc-Abstimmung vor.
Hiergegen werden keine Einwände erhoben.

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig angenommen.

9. Teilweise Einziehung einer fußläufigen Verbindung in der Gemarkung Fahr, Stadtteil Neuwied - Feldkirchen

VO/0266/25



Beschlussvorschlag:

1. Die in der Anlage dargestellte fußläufige Verbindung, hier in der Gemarkung Fahr, wird teilweise Außerbetrieb gesetzt.
2. Eine weitere öffentliche Bekanntmachung dieses Beschlusses ist nicht erforderlich.

Beschluss:

Vorsitzender schlägt eine En-Bloc-Abstimmung vor.
Hiergegen werden keine Einwände erhoben.

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig angenommen.

-
- 10. 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 161/162 "Heimathaus" für den Bereich zwischen Luisenstraße, Hermannstraße, Schloßstraße und Langendorfer Straße zwischen Luisenstraße und Schloßstraße (Änderungsbereiche 1 und 2)**

VO/0269/25

Abwägung über die eingegangenen Stellungnahmen

Beschlussvorschlag:

Die während des Bebauungsplanänderungsverfahrens eingegangenen Stellungnahmen der Kreisverwaltung Neuwied, der SGD Nord und der Generaldirektion Kulturelles Erbe werden zur Kenntnis genommen und in den weiteren Genehmigungsverfahren beachtet. Auf die jeweilige Stellungnahme der Verwaltung wird verwiesen.

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig angenommen.

-
- 11. 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 161/162 "Heimathaus" für den Bereich zwischen Luisenstraße, Hermannstraße, Schloßstraße und Langendorfer Straße zwischen Luisenstraße und Schloßstraße (Änderungsbereiche 1 und 2)**

VO/0270/25

Satzungsbeschluss

Beschlussvorschlag:

Die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 161/162 „Heimathaus“ (siehe Anlage 1 und 2) wird gem. § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen und die Begründung (Anlage 3) gebilligt.

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig angenommen.



12. Änderung der „Richtlinie der Stadt Neuwied zur Förderung von Begrünungsmaßnahmen“ im Rahmen des kommunalen Förderprogramms KIPKI

VO/0276/25

Beschlussvorschlag:

Die geänderte Richtlinie der Stadt Neuwied zur Förderung von Begrünungsmaßnahmen wird beschlossen.

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig angenommen.

13. Übertragung von städtischen Waldflächen (Energieerzeugungspotentialflächen) in der Gemarkung Rodenbach in das Gesellschaftsvermögen der Stadtwerke Neuwied GmbH

VO/0088/24-01

Beschlussvorschlag:

(Ergänzung zur Beschlussvorlage VO/0088/24 vom 04.09.2024)

Die Stadt Neuwied überträgt das Eigentum an der nachfolgend in den Erläuterungen näher bezeichneten städtischen Waldfläche (Energieerzeugungspotentialfläche) in das Gesellschaftsvermögen der Stadtwerke Neuwied GmbH.

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag wird mit

31 Stimmen dafür und
11 Gegenstimmen

angenommen.

14. Insolvenz des DRK Krankenhaus Neuwied; Perspektiven

VO/0302/25

Kenntnisnahme:

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

Beratungsergebnis:

Der Stadtrat nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.



15. Außerplanmäßige Auszahlung bei Buchungsstelle**VO/0299/25****1.11.4.2/2540.785200 Erwerb Grundstücke DRK-Krankenhaus****Beschlussvorschlag:**

Vorbehaltlich der Beschlussfassung des Stadtrates zur Beschlussvorlage VO/0297/25 wird einer außerplanmäßigen Auszahlung in Höhe von ca. 1.200.000 € zuzüglich Nebenkosten zugestimmt.

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig bei 8 Enthaltungen angenommen.

16. Anfrage der AfD-Fraktion vom 03.04.2025 zum Thema**"Mäusebefall und Schließung der Kita Maria Himmelfahrt"****Wortprotokoll:**

Die Beantwortung der Anfrage erfolgt durch Herrn Bürgermeister Peter Jung.

Betriebsträger der Katholischen Kindertagesstätte ist die Kath. Kita gGmbH. Die Bauträgerschaft obliegt bei der katholischen Kirche (Bistum Trier). Die Kita gGmbH ist ein eigenständiges Unternehmen.

Mit E-Mail vom 24.03.2025 sowie 01.04.2025 wurden alle Fraktionsvorsitzenden im Stadtrat über den Mäusebefall und die durch das Gesundheitsamt angeordnete Schließung informiert.

Am Dienstag, 01. April 2025 hat ein Gespräch zwischen Bürgermeister Jung, der Leitung des Stadtjugendamtes, Herrn Bernhard Fuchs, sowie der Geschäftsführung der Kita gGmbH, der Kita-Leitung und Vertretern der Elternschaft in der Stadtverwaltung stattgefunden. In dem Gespräch wurden Lösungsmöglichkeiten eruiert, die bis zu einem Elternabend am heutigen Donnerstag, 03. April 2025, 19:00 Uhr noch abschließend geprüft werden mussten. Im Rahmen der heutigen Sitzung des Stadtrates und im Vorfeld des Elternabends war verwaltungsseitig ohnehin eine entsprechende Information vorgesehen.

Frage 1:

Welche Lösung zur Weiterbetreuung der betroffenen Kinder – auch der U2-Kinder - wurde vereinbart?

Antwort:

Der Krippenbereich "Wolkennest" (U2+Übergang) wird bis zum Sommer weiterhin im "neueren" Gebäudeteil in der Kita Maria Himmelfahrt in Gladbach betreut.

Die Vorschulkinder sollen bis zu den Ferien in einem Provisorium (voraussichtlich in einem Betreuungsraum der Grundschule) betreut werden.

Für die circa 43 übrigen Kinder existiert eine Zusage der Kita gGmbH, diese in anderen Kindertagesstätten im Stadtgebiet unterzubringen. Allen Familien kann ein Betreuungsangebot gemacht werden.



Darüber hinaus steht es Eltern natürlich frei, von ihrem Wunsch- und Wahlrecht Gebrauch zu machen und sich in einer anderen Kindertagesstätte in anderer Trägerschaft anzumelden.

Frage 2:

Wie ist die Weiterbeschäftigung der Erzieher/Erzieherinnen geplant?

Antwort:

Die Kita gGmbH hat angegeben, dass alle Erzieherinnen und Erzieher weiter im Unternehmen beschäftigt werden können.

Frage 3:

Welche Zukunftsperspektive hat die Kita in Gladbach?

Antwort:

Der Bedarf an einer Kindertagesstätte am Standort Gladbach wird weiterhin gesehen. Welche Perspektive das Gebäude hat, ist aktuell nicht geklärt und soll in einer umfangreichen Machbarkeitsstudie durch das Bistum Trier erarbeitet werden. Wir arbeiten hier eng mit Bau- und Betriebsträger sowie der Kita-Leitung und Eltern zusammen, um insbesondere eine kindgerechte Lösung zu finden.

Frage 4:

Wie kommt es, dass der Gebäudezustand erst jetzt als so schlecht diagnostiziert wird, dass bauliche Investitionen zur Sanierung und Abwehr der Gesundheitsgefährdung möglicherweise nicht sinnvoll sind und „eine grundsätzliche Klärung der Perspektive für den Standort bzw. die Einrichtung notwendig“ geworden ist?

Antwort:

Der aktuelle Zustand liegt in mangelnder Bauunterhaltung des Gebäudeträgers begründet. Die Stadt Neuwied hat die gestellten Anträge zur Förderung des Trägers bisher bewilligt. In Vergangenheit wurden gewährte Förderungen im Kontext von Sanierungen teilweise nicht abgerufen.

Grundsätzlich ist die Betriebserlaubnis für eine Kindertagesstätte nicht davon abhängig, ob ein Gebäude sanierungsbedürftig ist.

Trotzdem hat die Stadt Neuwied schon 2023 alle freien Träger aufgefordert, Gebäudegutachten vorzulegen. Mit dem Bistum Trier hatte im Dezember 2024 nochmal auf Einladung der Stadt Neuwied ein Abstimmungstermin stattgefunden. Im Gespräch haben wir nochmals seitens der Stadtverwaltung deutlich gemacht, dass wir verbindliche Aussagen zu deren Gebäuden haben müssen.

Das Gebäude der Kita Maria Himmelfahrt ist nicht das einzige Gebäude in Fremdträgerschaft, welches sich aktuell in einem sanierungsbedürftigen Zustand befindet. Dies wurde anhand von Begehungen durch das Amt für Immobilienmanagement und das Jugendamt eruiert. Der Sanierungsbedarf für Kindertagesstätten im Stadtgebiet Neuwied ist immens. Aus diesem Grund bearbeiten die Kollegen derzeit mehrere Großbauprojekte, die Ersatzbauten für marode Einrichtungen in freier Trägerschaft sind.

Es ist allerdings wichtig zu differenzieren, ob eine Gefährdung des Kita-Betriebs bzw. des



Kindeswohls vorliegt. Die massive Ausbreitung von Mäusen stellt nach der Einschätzung des Gesundheitsamtes eine akute Bedrohung des Wohls der Kinder zum gegenwärtigen Zeitpunkt dar.

Schriftführung:

Vorsitz:

Ursula Kluwig
Verwaltungsfachangestellte:r

Oberbürgermeister Jan Einig

